Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 66 (1974)

Heft: 11-12

Artikel: Betriebsschliessungen : punktuelle Flurbereinigungen oder Anzeichen einer Strukturkrise?

Autor: Jucker, Waldemar

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354706

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Betriebsschliessungen: Punktuelle Flurbereinigungen oder Anzeichen einer Strukturkrise?

Dr. Waldemar Jucker,
Sekretär Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Die Jahre von 1955 bis 1965[1]) waren ausserordentliche Boomjahre, die in diesem Umfang überhaupt nur möglich waren, weil im Übermass ausländische Arbeitskräfte importiert wurden. In diesem Zeitraum nahm die Zahl der Beschäftigten um 563 000 zu. Um 341 000 Personen stieg die Beschäftigung in Industrie und Baugewerbe, um 197 000 im Dienstleistungsbereich. Rückläufig war die Beschäftigung nur in den Betrieben mit 1–3 Beschäftigten. Die Gruppe mit 1–9 Beschäftigten nahm insgesamt noch um 26 000 Personen zu.

Von 1966 bis 1971 stieg in Industrie und Baugewerbe insgesamt die Beschäftigung kaum mehr an. 1966 waren 847 000 in dieser Gruppe beschäftigt, 1971 851 000[2]). Bereits während dieser Zeit sank die Beschäftigtenzahl in der Industrie leicht, während im Baugewerbe noch eine gewisse Expansion zu verzeichnen war. Eine deutliche Expansion hingegen war noch in der Dienstleistungsgruppe zu verzeichnen.

Während den letzten zwölf Monaten ist es nun auch im Baugewerbe zu Beschäftigungsrückgängen gekommen. Sie führten nicht zu Arbeitslosigkeit, weil weniger Saisonarbeiter geholt wurden und gleichzeitig in der Industrie – vorwiegend Exportbranchen – eine bescheidene Beschäftigungszunahme eintrat. Auch die Einwanderungspolitik hat einen gewissen Beitrag geleistet. Infolge verschärfter Restriktionen wird nur noch ein Teil der freiwillig Ausreisenden durch Neueinreisende ersetzt. Diese sind jedoch fast ausschliesslich für die Spitäler, die Landwirtschaft und das Erziehungswesen bestimmt. Industrie und Gewerbe können freiwillig Ausreisende nicht mehr durch Neueinwanderer ersetzen.

Was steht hinter diesen Beschäftigungstrends?

Seit 1964 ist die Einwanderungspolitik fast von Jahr zu Jahr restriktiver geworden. Gleichzeitig ist der Überalterungsprozess der einheimischen Bevölkerung weitergegangen. Seit etwa 1965 sind auch die Geburtenzahlen rückläufig geworden. Infolge des Familiennachzuges der während der grossen Einwanderungswelle 1959–1964 zugelassenen ausländischen Arbeitskräfte blieb während einiger Jahre das Bevölkerungswachstum noch hoch. Es hat sich während der letzten Jahre auf 0,5 Prozent pro Jahr zurückgebildet. Dies liegt bereits unter dem Satz von 0,8 Prozent, den die Bevölkerungsstatistiker der UNO für hochentwickelte Länder als mehr oder weniger normal ansehen.

Die Sonderkonjunktur im Dienstleistungssektor hat auch nach 1965 vom noch anhaltenden Bevölkerungsanstieg bei bereits nur noch schwach ansteigendem Arbeitskräftepotential zunächst profitiert. Mit dem Schwächerwerden des Bevölkerungswachstums geht nun auch die Sonderkonjunktur des Dienstleistungsgewerbes langsam zu Ende, das heisst das Wachstum wird wesentlich schwächer werden.

Durch das Knappwerden der Arbeitskräfte – und dazu zuerst noch die Aufwertung und anschliessend die Freigabe des Wechselkurses des Frankens – ist die eigentliche Industrie seit nun nahezu einem Jahrzehnt in eine harte Rationalisierungswelle und Strukturbereinigung hineingezwungen worden. Man darf wohl sagen glücklicherweise. Durch die gewissermassen gestaffelte Tendenzwende, die ein Stück weit zufällig war, konnte immerhin vermieden werden, dass alle Sektoren gleichzeitig in einen Bereinigungsprozess hineingezwungen worden sind.

Diese Phasenverschiebung sollte es ermöglichen, den Bereinigungsprozess unter Vermeidung von nennenswerter Arbeitslosigkeit durchzustehen. Auch heute sind nur etwa 100 Arbeitslose registriert.

Die Rolle der Konjunkturpolitik

Die Währungs- und Konjunkturpolitik hat immerhin erreicht, dass es während der letzten Jahre nicht in grossem Umfang zu sinnlosen Kapazitätserweiterungen gekommen ist. *Die inflationär bedingte Flucht in die Sachwerte, vor allem Wohnungen der obersten Preisklasse, hat in einer Art*

---

[1]) Die beiden Stichjahre wurden wegen der Verfügbarkeit der Betriebsschliessungsergebnisse gewählt.

[2]) Die Angaben stammen aus der Konzentrationserhebung der Kartellkommission.

«letztem Aufbäumen» der Baukonjunktur zu einem unter andern Aspekten wünschbaren Ansteigen des Leerwohnungsbestandes geführt.

Die Finanzpolitik der öffentlichen Hände war die schwächste Stelle der Konjunkturpolitik. Die öffentliche Hand hat zu spät realisiert, dass mit der annähernden Stagnation der Beschäftigung auch das Wachstum ihrer Einnahmen, mindestens real gesehen, schwächer werden musste. Sie hat wohl die zukünftige Einnahmenentwicklung wie die Leistungsfähigkeit des Kapitalmarktes überschätzt.

Es besteht heute das Risiko, dass unter dem Einfluss der Finanzklemme die Investitionen der öffentlichen Hand zu stark gekürzt werden und damit die ein Stück weit unvermeidliche Rückbildung im Baugewerbe zu weit getrieben und so der nächste Inflationsstoss vorbereitet wird.

Infolge der allgemein knapper gewordenen Liquidität sollte der öffentlichen Hand nicht gestattet werden, den Kapitalmarkt, mindestens vorläufig, in wesentlich höherem Umfang zu beanspruchen. Das Zinsniveau könnte sonst in kurzer Zeit auf gegen zehn Prozent ansteigen.

Zinssatz und Reserven

Dies würde nicht nur den Wohnungsbau noch stärker beeinträchtigen und über die Mieten einen weiteren Teuerungsschub auslösen. Es wird von der Öffentlichkeit und teilweise wohl auch von den Behörden noch zu wenig beachtet, was für Auswirkungen ein steigender Zinssatz auf die Reserven von Pensionskassen, Versicherungen, aber auch Firmen, für Auswirkungen hat. Jede Zinssatzsteigerung führt zu einem Sinken der Kurse früher gekaufter, niedriger verzinslicher Obligationen. Ein grosser Teil der sogenannten stillen Reserven wird in Form von Obligationen gehalten, die in der Bilanz unterbewertet ausgewiesen werden. Der durch steigende Zinssätze bedingte Kurszerfall hat bereits zu einem Verschwinden eines erheblichen Teils der stillen Reserven geführt.

Sowohl durch eine straffere Finanzpolitik der öffentlichen Hand wie durch eine Lockerung nicht nur der Mindestreservenpolitik der Nationalbank – die zum Teil bereits vorgenommen wurde – sollte vermieden werden, dass es zu einer neuen Zinswelle kommt. Mit dem Rückgang der Wohnbautätigkeit wird etwa ab Mitte nächsten Jahres der Kapitalbedarf für Hypotheken sinken. Um zu vermeiden, dass infolge der noch während einiger Monate anhaltenden Engpasszeit eine neue Zinswelle, begleitet von weiteren Reserveverlusten und einer zuweit gehenden Liquiditätsverknappung, eintritt, sollte in einem massvollen Ausmass die Nationalbank wieder eine Geldschöpfung vornehmen. *Da wir auch nicht wissen, wie lange und in welchem Ausmass der Exportboom noch anhält, ist es nicht zu verantworten, die Restriktionsmassnahmen aus einem falsch verstandenen konjunkturpolitischen Heroismus heraus zu überdrehen. Nicht alles, was unpopulär ist, ist deswegen bereits konjunkturpolitisch richtig.*

Noch steht die schweizerische Wirtschaft nicht in einer Rezession, wie sie viele Länder bereits kennen. Auch wir haben jedoch Anpassungsschwierigkeiten, über die man nicht einfach hinwegsehen kann. Fehler in der Finanz- und Konjunkturpolitik könnten uns in eine gewisse Rezession hineinsteuern. *Wir müssen zu verhindern suchen, dass wieder Rezepte zur Anwendung gelangen, deren Unbrauchbarkeit sich in den dreissiger Jahren bereits erwiesen hat. Wir müssen vermeiden, dass aus punktuellen Flurbereinigungen tatsächlich eine Strukturkrise wird.*

ALLTAG

Wenn Worte verloren gehen,
gibt es keine Liebe zu gewinnen,
es gibt keinen Baum im Himmel,
welcher so tief wie Misstrauen wächst.

Es gibt keine Liebe, besungen oder geheim,
oder wie Hunde auf der Strasse,
die uns von der Wahrheit lösen kann,
wir kehren immer zur Wahrheit zurück.

Eines Tages erwachen wir und sehen einen Tag,
die Züge rangieren noch, die Fabriksirenen
begleiten uns noch auf dem Wege an die Arbeit,
aber er ist ein Tag wie kein anderer:

denn wir sind alt und sehen bereits das Grab,
die brennenden Kerzen, das Lesen des
Testaments,
oder wir sind jung und sehen die Liebe,
wir legen unsere Werkzeuge nieder und
denken;

«wie schön wär es, wenn...,» «wie nett,
wenn es...,»
und die Wahrheit drängt uns an die Arbeit
zurück,
wir lügen einander an, uns selber an,
wir trauen niemandem und wir haben Angst.

Nicol Cunningham